

ZBB 2023, 370

BGB § 357 Abs. 1 Satz 1 in der bis zum 12. 6. 2014 geltenden Fassung, § 346 Abs. 1 Halbs. 2; RL 2002/65/EG Art. 7 Abs. 4

Kein Nutzungsersatz aus nach erklärtem Widerruf rückabzuwickelnden Fernabsatz-Darlehensvertrag

BGH, Urt. v. 04.07.2023 – XI ZR 77/22 (OLG Köln), WM 2023, 1463 = ZIP 2023, 1635

Amtlicher Leitsatz:

§ 357 Abs. 1 Satz 1 BGB in der bis zum 12. 6. 2014 geltenden Fassung ist nicht im Lichte von Art. 7 Abs. 4 RL 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 9. 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der RL 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG sowie des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 4. 6. 2020 (C-301/18 Leonhard, WM 2020, 1190) dahin teleologisch zu reduzieren, dass dem Verbraucher aus einem nach erklärtem Widerruf rückabzuwickelnden im Fernabsatz geschlossenen Darlehensvertrag kein Anspruch aus § 346 Abs. 1 Halbs. 2 BGB auf Nutzungsersatz hinsichtlich der von ihm erbrachten Zins- und Tilgungsleistungen zusteht.